



NEWSLETTER, April 2022

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,  
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,

wir hoffen, dass Sie alle erholsame Ostertage verbracht haben.

Diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- LNG (verflüssigtes Erdgas) – die Situation eskaliert
- Geplante Erdölförderung im Wattenmeer
- Geplante CO2-Endlager in der Nordsee
- Jahreshauptversammlung
- Freiwillige Mitgliedsbeiträge

### LNG (verflüssigtes Erdgas) – die Situation eskaliert

Die Bundesregierung, die Landesregierung von Schleswig-Holstein und die Firmen RWE und Shell wollen den Krieg in der Ukraine nutzen, um doch noch LNG-Terminals in Deutschland zu errichten, obwohl diese unwirtschaftlich sind und nicht benötigt werden.

Im Landtag wird diese Woche eine Änderung des Wassergesetzes beraten, mit der nicht nur die Klagemöglichkeiten unserer Bürgerinitiative und anderer NGOs ausgehebelt werden sollen, sondern der Bedarf an diesem LNG-Terminal ohne Vorlage von Nachweisen behauptet wird. So heißt es in § 95a Bestehen des Bedarfs:

*Für das Vorhaben zur Schaffung der für die Errichtung eines Flüssigerdgas-Terminals in Brunsbüttel erforderlichen Hafeninfrastruktur einschließlich der wasserseitigen Anlagen wird das Bestehen eines Bedarfs zur Sicherung der Energieversorgung festgestellt. Die Realisierung dieses Vorhabens ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.*

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03800/drucksache-19-03814.pdf>

Wir haben daher eine Petition gestartet, um uns diesem Vorhaben entgegen zu stellen und die Energiewende in Schleswig-Holstein - anders als bisher unter der Jamaikaregierung - nicht zu neuer fossiler Infrastruktur, sondern zu EE zu einzufordern.

<https://www.landtag.ltsh.de/oepetition/petitionsliste?execution=e2s1>

*Bitte die Petition 129 online mitzeichnen*, den Bestätigungslink in der dadurch generierten Email aktivieren und die Petition teilen.

Zum Hintergrund:

Prof. Dr. Niklas Höhne, Mitautor des aktuellen IPCC-Berichts, stellt fest: „Wir können die Klimakatastrophe noch abwenden, wenn wir wollen. Dazu muss Energie gespart und müssen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Wir müssen vermeiden, die falschen Dinge zu tun, nämlich neue fossile Infrastruktur aufzubauen“, wie z.B. LNG-Terminals. <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/wir-koennen-das-ruder-noch-herumreissen-100.html>

UN-Generalsekretär Guterres nannte bei der Vorstellung des IPCC-Berichts Investitionen in neue fossile Energieinfrastruktur „moralischen und ökonomischen Wahnsinn“. Wer jetzt noch fossile Energieträger unterstützt, sei ein wahrhaft gefährlicher Radikaler. <https://www.youtube.com/watch?v=FD2BGCA6x6Y&t=4s>

LNG-Terminals sind keine Lösung, sondern die Eskalation des Problems

Inmitten der Klimakrise kehren SPD, CDU, Grüne und FDP dem Pariser Klimaschutzabkommen den Rücken und investieren Milliarden in neue fossile Energiestrukturen. Das ist nicht nur gefährlich, sondern wird auch zu erheblichen Mehrbelastungen für die Verbraucher führen, denn mit LNG werden die Gaspreise dauerhaft auf hohem Niveau eingefroren werden.

Ein LNG-Terminal in Brunsbüttel ist energie-, klima-, sicherheits- und finanzpolitischer Wahnsinn. Nach dem Willen von Bundes- und Landesregierung soll in Brunsbüttel schon bald eins von mindestens vier deutschen Importterminals für Flüssiggas errichtet werden - in direkter Nachbarschaft zum stillgelegten Kernkraftwerk, einem Zwischenlager für hochradioaktive Atomabfälle, einem Chemiepark, einer Sondermüllverbrennungsanlage (vergleichbar mit der vor kurzem in Leverkusen explodierten Anlage) und einem ebenfalls geplanten Ammoniaklager. Ein weiterer Störfallbetrieb an einem derart exponierten Ort ist laut DUH-Gutachten nicht genehmigungsfähig und

gemäß Bebauungsplan für diesen Standort ausgeschlossen.

Es ist nicht auszumalen, welche Kettenreaktionen etwa ein Brand dort auslösen könnte. Erst 2020 gab es am LNG-Terminal im norwegischen Hammerfest eine schwere Explosion. Die Anlage ist bis heute nicht wieder in Betrieb genommen worden.

So zweifelhaft wie der Standort ist auch die Herkunft des Flüssiggases, das in Zukunft an der Elbe eingespeist werden soll. Ein Teil der LNG-Importe würde aus amerikanischem Frackinggas stammen. Der wesentliche andere Teil würde aus arabischen Diktaturen stammen und dort Krieg, Völkermord und Terrorismus finanzieren.

Auch für die Steuerzahler wird es teuer werden. Bis zu einer Milliarde Euro werden für den Bau des Brunsbütteler Terminals veranschlagt. Der spätere Betreiber Gasunie trägt 40% und RWE 10% der Baukosten, die andere Hälfte steuert die bundeseigene KfW bei - als finanzielle Einlage ohne Gegenleistung. Hinzu kommen Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe in Anschluss- und Netzausbau. Diese Kosten werden ebenso wie die laufenden Betriebskosten über den Gaspreis über 30 Jahre auf die Endverbraucher abgewälzt.

Ein diskriminierungsfreier Zugang zum LNG ist nicht geplant. Damit wird es zu einer massiven Marktverzerrung zu Lasten der Stadtwerke und zu Gunsten von RWE und Shell kommen. Auch das wird für Haushalte und Gewerbe zu erhöhten Kosten führen.

Auch das Argument, das Terminal könne perspektivisch auf CO<sub>2</sub>-neutrale Wasserstoffderivate umgerüstet werden, ist falsch. Tatsächlich ist eine Umrüstung lediglich in Aussicht gestellt worden. Sie ist aber nie eingepreist, beantragt oder konkret geplant worden. Eine brancheninterne Studie rät sogar davon ab. Und dafür gibt es einen guten Grund: LNG und Wasserstoff unterliegen ganz unterschiedlichen Spezifikationen. Man müsste große Teile des Terminals austauschen, und das würde nochmal richtig teuer werden.

Statt auf erneuerbare Energien aus heimischer Produktion zu setzen, zementieren Ampel und Jamaika-Koalition in Bund und Land die fossile Energieversorgung für weitere Jahrzehnte.

Es ist an der Zeit, dass Politik und Wirtschaft aus 50 Jahren energiepolitischem Versagen lernen und nicht erneut versuchen, die durch fossile Energieträger geschaffenen Probleme mit neuer fossiler Infrastruktur zu bekämpfen. Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben.

LNG-Kommentar

LNG Terminals: Geldverschwendung für fossile Abhängigkeit

DW-Artikel "US-Fracking-Gas für Europa - "Freiheit" oder Klima-Selbstmord?"

<https://www.dw.com/de/us-fracking-gas-f%C3%BCr-europa-freiheit-oder-klima-selbstmord/a-61296262>

## Geplante Erdölförderung im Wattenmeer

Wintershall Dea hat den Druck noch einmal erhöht, neue Bohrungen nach Öl unter dem Weltnaturerbe Wattenmeer genehmigt zu bekommen. Obwohl die unter dem Wattenmeer vermuteten Ölvorkommen keinen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung in Deutschland leisten könnten, schreckt Wintershall Dea nicht vor einer Gefährdung des Weltnaturerbes zurück.

## Geplante CO2-Endlager in der Nordsee

Der Wunsch nach neuen CO2-Endlagern wird immer lauter geäußert. Auch Bundeswirtschaftsminister Habeck hat sich bei seinem jüngsten Besuch in Norwegen für CO2-Endlagerung als Bestandteil der Energiewende ausgesprochen.

Neben LNG möchte Bundeswirtschaftsminister Habeck jetzt auch noch CCS statt einer konsequenten Energiewende vorantreiben.

## Jahreshauptversammlung

Wir planen die Jahreshauptversammlung in Enge-Sande am 31.08.2022 um 19:00 Uhr. Bitte den Termin schon einmal vormerken.

## Freiwillige Mitgliedsbeiträge

Bei der Mitgliederversammlung im November 2018 wurde beschlossen, die Mitglieder der Bürgerinitiative um freiwillige Mitgliedsbeiträge zu bitten.

Wir freuen uns sehr darüber, dass unser Aufruf, einen freiwilligen, jährlichen Mitgliedsbeitrag\*) zu leisten, gut angenommen wird.

Dies gibt uns mehr Planungssicherheit für kommende Aktionen. Vielen Dank dafür!

\*) Empfehlung: einfache Mitglieder 12 €; Gemeinden 150-300 €; Kreise 1500 €

## Der Vorstand

Wir wünschen allen Gesundheit und einen ungebrochenen Kampfgeist für unsere gemeinsame Zukunft. Wir hoffen, dass wir uns zahlreich zu unserer Jahreshauptversammlung wieder sehen können.

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

## Spendenaufruf

Jede Spende hilft!

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen und auf Wunsch erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19

BIC: GENODEF1BDS

bei der VR-Bank

**Jetzt spenden**

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/Kein-CO2-Endlager-175897405789374/>

[https://twitter.com/ccs\\_stoppen](https://twitter.com/ccs_stoppen)

Hinweis: Unsere Newsletter enthalten meistens mehrere Links und werden deshalb von vielen Email-Anbietern als "Spam" markiert. Um dies zu verhindern, setze unsere Email-Adresse newsletter@keinco2endlager.de auf die Liste vertrauenswürdiger Kontakte. Dann landen die Newsletter nicht im Spam-Ordner, sondern im Posteingang.

